

TEXT PODCAST

12. August 2013

Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:

Verbraucherinteressen in der Energiewende Auch zwei Jahre nach dem Start stehen die Verbraucher in Deutschland hinter den Zielen der Energiewende. Doch es gibt auch viel Kritik an den steigenden Energiekosten. Das zeigt eine repräsentative Studie, die das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des vzbv durchgeführt hat.

Link zur Pressemitteilung: <http://www.vzbv.de/12095.htm>

O-Töne von

- Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)
- Holger Krawinkel, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

Die Mehrheit der Deutschen steht auch zwei Jahre nach dem Start hinter den Zielen der Energiewende. Das zeigt eine repräsentative Studie, die das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) durchgeführt hat. Über 80 Prozent der Befragten haben sich für einen Umstieg auf Erneuerbare Energien und einen Verzicht auf Atomkraft ausgesprochen, so Gerd Billen, Vorstand des vzbv:

O-Ton 1 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:21 Min)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen die Energiewende. Sie tun das mit einer großen Mehrheit, und trotz der vielen Diskussionen über Kosten, über Nachteile, gibt es hier eine hohe robuste Mehrheit, die sagt, wir wollen die Energiewende, uns ist das Ziel, etwas gegen den Klimawandel zu tun und vor allem die Risiken der Atomkraft zu beenden, so viel wert, dass wir die Energiewende wollen.

Nicht zufrieden sind die Bürger mit der Art und Weise, wie der Umstieg auf erneuerbare Energien umgesetzt wird. Schuld daran sind insbesondere die steigenden Energiekosten:

O-Ton 2 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:31 Min)

Die Kosten spielen eben eine Rolle, und es hilft nichts, den Leuten einzureden, dass der Strompreis durch die Erneuerbaren nicht viel teurer ist als eine Tasse Cappuccino. Es ist im Empfinden der Menschen anders. Sie zahlen mehr und sie wollen, dass ihre Sorge um die Kosten auch ernst genommen wird. Deswegen ist die wichtigste politische Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen: Wir müssen mehr tun, um die Akzeptanz der Energiewende bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu erhalten.

Die Umfrage zeigt auch, welche Punkte den Verbrauchern bei der Umsetzung der Energiewende wichtig sind. Favorit ist der Ausbau der Windenergie an Land, denn mehr als die Hälfte der Befragten wollen, dass man den Strom dort produziert, wo er auch verbraucht wird, so Energieexperte Holger Krawinkel vom vzbv:

O-Ton 3 Holger Krawinkel, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:23 Min)

Die Verbraucher sind sehr stark positiv eingestellt für Dezentralität. Das heißt also auch, Windanlagen vor Ort, an Land. Sie sind deutlich skeptischer, wenn es um Windkraftanlagen auf hoher See geht. Da gibt es eine Menge technischer Probleme, und das Unschöne an dieser Entwicklung besteht ja auch darin, dass diese technischen Probleme in der Regel auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Ein Ausweg wäre, dass die Kosten für die Technologieentwicklung nicht mehr von den Stromverbrauchern, sondern aus dem öffentlichen Haushalt bezahlt werden, so Holger Krawinkel weiter. Die Förderung der erneuerbaren Energien müsse sich zudem auf die kosteneffizientesten Technologien beschränken:

O-Ton 4 Holger Krawinkel, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:28 Min)

Die Solarenergie wird nach wie vor mit über 30 Cent im Durchschnitt vergütet, der Börsenpreis beträgt im Moment 3 bis 4 Cent. Das macht natürlich sehr hohe Differenzkosten aus, also der Unterschied ist einfach sehr hoch. Würden sie das Gleiche mit Windenergie an Land machen, dann wären die Differenzen nur etwa ein Zehntel davon. Das heißt, es kommt eben künftig darauf an, bei der Technologiewahl sehr viel vorsichtiger zu sein und sehr viel stärker auf kostengünstige Technologien zu setzen.

Ein weiterer Punkt, der sowohl von den befragten Verbrauchern als auch vom Verbraucherzentrale Bundesverband kritisiert wird, ist die Verteilung der Stromkosten. 62 Prozent der Befragten lehnen es ab, dass stromintensive Industriebetriebe von den Kosten der Energiewende befreit werden, so Gerd Billen:

O-Ton 5 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:24 Min)

Die Energiewendekosten müssen gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass beispielsweise weite Teile der stromintensiven Unternehmen von der so genannten EEG-Umlage befreit werden. Wer den Nutzen davon hat, der soll sich auch an den Kosten beteiligen. Und deswegen ist die gerechte Verteilung, die Abschaffung von Ausnahmeregelungen etwas, was von den allermeisten Verbraucherinnen und Verbrauchern politisch unterstützt wird.

Im Gegensatz zu den großen Unternehmen profitieren die normalen Verbraucher nicht von den niedrigen Preisen an der Strombörse. Hier sollte die Politik überlegen, wie diese niedrigen Börsenpreise auch an die Haushalte weitergegeben werden können, so Gerd Billen weiter. Um das zu erreichen, bedarf es jedoch einer besseren politischen Koordination der Energiewende, so Holger Krawinkel vom vzbv:

O-Ton 6 Holger Krawinkel, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:34 Min)

Die Politik muss sozusagen eine Art Kassensturz machen. Sie muss klar festlegen, welche Prioritäten in Zukunft gesetzt werden, welche Technologien eingesetzt werden, und sie muss vor allen Dingen auch die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern neu verteilen. Das heißt, die Länder müssen einfach mehr Verantwortung übernehmen, damit die Energiewende gelingt. Es gibt ein hohes Dezentralisierungspotenzial in technologischer Hinsicht, es gibt aber politisch zu wenig Verantwortung in den Ländern. Deswegen haben wir ja auch 16 verschiedene Energiewenden, ohne dass die Länder tatsächlich dafür gerade stehen müssen, was da in dem jeweils eigenen Land gemacht wird.

Trotz aller Probleme befürworten die Verbraucher die Energiewende, das zeigt die repräsentative Umfrage im Auftrag des vzbv. Jetzt ist die Politik gefordert, die Akzeptanz der Verbraucher nicht zu verspielen und dafür zu sorgen, dass die Energiewende die sozialen Gegensätze zwischen arm und reich nicht verstärkt.

ENDE